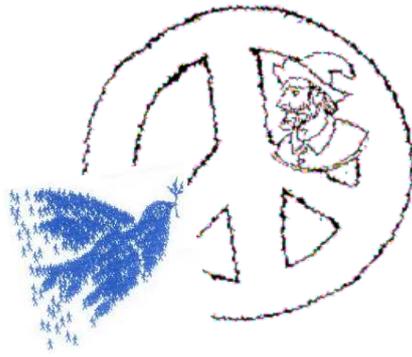


Antikriegstag 2015



Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie eine Wolke den Regen

Jean Jaures

1. September 2015

Am 1. September 1939 entfachte das Naziregime mit dem Überfall auf Polen den Zweiten Weltkrieg. Mehr als 50 Millionen Menschen bezahlten die Weltherrschaftspläne des deutschen Faschismus mit ihrem Leben. Für die Überlebenden folgten unbeschreibliche Leidenszeiten. Nach der Befreiung 1945 schworen sich deshalb viele:

Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!

Zur Erinnerung an diesen Schwur wird seitdem am 1. September der Antikriegstag oder der Weltfriedenstag begangen.

Die Kriegsgefahr wächst

Der Kampf um die Neuaufteilung der Welt zwischen den Monopolen und imperialistischen Mächten ist in neuer Schärfe entbrannt. Imperialistische Kriege um Einflussphären, Rohstoffe, Marktanteile und die Kontrolle von Versorgungswegen ergeben sich aus der innerkapitalistischen Konkurrenz. Es hat sich gezeigt, dass die gesetzmäßige, ungleiche Entwicklung des Kapitalismus die Verhältnisse permanent ändert, Koalitionen sprengt und dazu führt, dass sich neue bilden.

Internationale ökonomische Verflechtungen und transnational organisierte Produktion können zwar für manche Kapitalgruppen die Schwelle zur Kriegsbereitschaft erhöhen, schützen aber letztlich nicht vor Spannungen, Militarisierung und Kriegen. Der Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln ist eine Bedrohung, solange das

kapitalistische System existiert.

Ganze Regionen sollen nach den Vorstellungen der imperialistischen Großmächte – besonders ihrer Führungsmacht, den USA – neu gegliedert und nach deren wirtschaftlichen und strategischen Bedürfnissen umgebaut werden.

Der deutsche Imperialismus wird aggressiver und militaristischer. Diese Tendenz hat, bezogen auf die Zeit seit 1945, eine neue Qualität. Er will seine Rolle als Ordnungs- und Führungsmacht der EU ausbauen und nutzt die EU im Kampf um Einflussphären und Rohstoffe in der Welt. Die Kriegsfähigkeit der Bundeswehr wird mit Rüstungsprojekten und Auslandseinsätzen von Afghanistan bis Zentralafrika gesteigert. Militarismus ist eine die gesamte Gesellschaft durchdringende Er-

(Fortsetzung auf Seite 2)

(Fortsetzung von Seite 1)

scheinung. Er wird vom militärisch-industriellen Komplex und der herrschenden Politik vorangetrieben. Der Militarisierung der deutschen Politik stehen die Erfahrung der deutschen Bevölkerung mit den Folgen zweier von Deutschland angezettelter Weltkriege und

der jahrzehntelange Kampf der Friedensbewegung im Wege. Die „Große Koalition“ und die sie stützenden Massenmedien verstärken deshalb Anstrengungen zur „Umerziehung“ und Manipulation der Bevölkerung im Sinne des Militarismus.

Auszug aus: DKP Handlungsorientierung



Östliche Flanke stärken

Eine US-Panzerbasis wird voraussichtlich in der Stadt Ciechanów in Zentralpolen eingerichtet, wie die Zeitung »Rzeczpospolita« berichtet. Die Militärbasis soll dazu dienen, »die östliche NATO-Flanke zu stärken«. In Ciechanów, dem früheren Standort eines Artillerie-Regiments, befinden sich Dutzende Objekte, darunter Kasernen und Lagerhäuser, auf einer 38 Hektar großen Fläche. Laut inoffiziellen Informationen sind die USA daran interessiert, die in Ciechanów befindlichen armeeeigenen Immobilien zu nutzen. Wie die Zeitung schreibt, könnten die USA dort ein Panzerbataillon – eine mehrere hundert Mann starke Kampfeinheit mit 50 Panzern – stationieren.



An der Aussage des ersten NATO-Generalsekretärs in den 50iger Jahren hat sich bis heute nichts geändert.



„Die NATO hat die Aufgabe die Russen aus Europa raus, die Deutschen unten und die USA in Europa drin zu halten.“

Lord Ismay, erster NATO-Generalsekretär 1952-1957



Deshalb fordert die DKP: Raus aus dem NATO-Kriegsbündnis -Nein zur NATO-



NATO-Erweiterung: Was geht mich mein Geschwätz von Gestern an

„Als US-Außenminister James Baker bei KP-Generalsekretär Michail Gorbatschow am 8. Februar 1990 um dessen Zustimmung für den Verbleib des wiedervereinigten Deutschlands in der Nato warb, versicherte Baker, es werde ‚keine Ausweitung der gegenwärtigen

Nato-Jurisdiktion nach Osten geben‘. Gorbatschow setzte nach: ‚Jede Erweiterung der Zone der Nato ist unakzeptabel.‘ Bakers Antwort: ‚Ich stimme zu.‘ **Und was ist heute?**

Hassel, Florian: Erst Manöver, dann Krieg, Frankfurter Rundschau, 10.09.2008

NATO - das Schwert der G7

und

TTIP - die ökonomische NATO



Deshalb die Forderung:

Raus aus der NATO und TTIP verhindern

70 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und 25 Jahre nach der Beendigung des Ost-West-Konflikts zeichnet sich in Europa eine neue Phase des Wettübens und eines kalten Krieges ab.

Mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP zwischen USA und EU soll die größte einheitliche Handels- und Investitionszone entstehen. Ihre Verwirklichung wäre verheerend. Dieser Wirtschaftsraum würde total dem Diktat der Konzerne unterworfen werden.

Auszüge aus isw Grafik Info Juni 2015